Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. jederzeit Bestellungen entgegen. Ohne Gewähr, höhere Gewalt, Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Geschäftsstelle: nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise laut zur Zeit gültigem Tarif Nr. 4. — Nachweisungs-Gebühr 20 Rpfg. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. — Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. — Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 31 — 94. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 6. Februar 1935

Rundfunk aus Paris.

In den wenigen Stunden von der Rückkehr des französischen Ministerpräsidenten und des Außenministers bis zum Abend jenes Tages haben die Londoner Gespräche von französischer Seite eine Auslegung erhalten, die uns Deutsche in allererster Linie angeht; wie wir uns denn heutzutage in ganz anderem Maße um die „große Politik" in der Welt draußen kümmern müssen als etwa vor dem Weltkriege. Heute ist die Bindung, die Interessiertheit des einzelnen Deutschen gegenüber allen unser Vaterland betreffenden Vorgängen unter der Führung des Nationalsozialismus so stark, daß das Ausland nicht mehr mit Parteien und Interessentengruppen, sondern nur noch mit einem einzigen Volk, einer Nation zu tun hat und haben wird.

Das gilt natürlich in erster Linie dann, wenn es um die entscheidende Frage unseres nationalen Ehrgefühls, um die zur Zeit wieder aufs stärkste erörterte Gleichberechtigung geht. Da hat nun Frankreichs Ministerpräsident, Herr Flandin, bald nach der Rückkehr aus London am Mikrophon seinem Volk eine Rede über das Londoner Ergebnis gehalten. In dieser Rundfunkrede stehen zwei Sätze, die noch vor einem Jahre im Munde eines französischen Kabinettschefs ohne gleichzeitige Androhung schärfster Repressalien nach alter Versailler Manier völlig undenkbar gewesen wären:

„Sie wissen alle, daß Deutschland seit einigen Jahren seine Rüstungen beträchtlich vermehrt hat. Es hat sich praktisch von einem Teil der Verpflichtungen befreit, die ihm der Vertrag von Versailles auferlegte."

Und Herr Flandin fügt ausdrücklich hinzu, er wolle mit dieser Feststellung keine Polemik verbinden! Zwischen diesen ruhigen, vernünftigen Worten, die schon für sich allein eine Verhandlungsbasis unter Männern zu schaffen vermögen, und der mehr als schroffen Verweigerung der Anerkennung der auch von Frankreich unterzeichneten Gleichberechtigungsformel vom Dezember 1932 durch Herrn Barthou vor etwa Jahresfrist liegt eine ganz beträchtliche Wandlung der französischen Politik.

Auch Herr Flandin hat allerdings in seiner Rundfunkrede nicht von der Verwirklichung jener Fünfmächteformel gesprochen, er brachte es nicht über die unverbindliche Anspielung hinaus: „Diese große Nation (Deutschland) muß in gleicher und freier Weise (également et librement) am Aufbau der europäischen Sicherheit teilnehmen." Aber hat sich nicht sein Außenminister Laval auf eine schier verblüffend offenherzige Weise gegenüber einem Vertreter des Amsterdamer „Telegraaf" gerade über die Gewährung der Gleichberechtigung vernehmen lassen? In der Tat, er sagte dem Journalisten wortwörtlich folgendes:

„Die Anerkennung der deutschen Aufrüstung und die deutschen Ansprüche auf eine Luftflotte sind in der an die Reichsregierung ergangenen Einladung, einer Luftkonvention beizutreten, enthalten. Das vorgeschlagene Verfahren verbürgt auf die gleiche Weise Deutschlands Gleichberechtigung. Dies alles wird nicht nur gesagt, sondern verwirklicht."

Das hören wir aus dem Munde eines verantwortlichen französischen Ministers zum erstenmal. Also alles in Butter? Nicht ganz! Beide Herren, Flandin wie Laval, sind Franzosen, sie beherrschen die Kunst der feinen Unterschiede. Der Ministerpräsident sprach in öffentlicher Rede, also bis zu einem gewissen Grade verbindlich — er hat sich gehütet, die Verwirklichung der Gleichberechtigung dabei zu versprechen. Laval sprach zu irgendeinem Privatmann, also nicht öffentlich, also ganz unverbindlich; man kann ihn nach dieser Äußerung, so auffallend sie ist, nicht ohne weiteres beim Wort nehmen. Man kennt diese amtlichen Dementis des Quai d'Orsay: „. . . vielmehr hat der Minister nur gesagt . . ."

Immerhin wird man sich diese erste Zusage der wirklichen Gleichberechtigung merken müssen. Sie erhält noch eine weitere Bedeutung durch eine Bemerkung aus Flandins Rundfunkrede, die Rückkehr Deutschlands nach Genf müsse sich „gleichzeitig mit einem allgemeinen Programm der Sicherheit und der Begrenzung der Rüstungen" vollziehen. Was heißt hier gleichzeitig? Auch Herr Flandin und Herr Laval wissen ganz genau, daß ein Wiedereintritt Deutschlands in den Völkerbund ohne völlige Gleichberechtigung nicht in Frage kommt, daß ist ja oft und klar genug ausgesprochen worden. Und was heißt Begrenzung der Rüstungen? Zunächst doch wohl nur Begrenzung der Rüstungen der anderen, denen Deutschland eine fünfzehnjährige Vorleistung radikaler Abrüstung voraus hat, ohne heute über einen ausreichenden Schutz gegen seine hochgerüsteten Nachbarn zu verfügen! Und wer in Europa braucht mehr Sicherheit als das nach allen Seiten offene Deutschland?

Schließlich eine letzte Frage: Warum schiebt man in Paris seit der Rückkehr aus London so geflissentlich die Wichtigkeit der Luftkonvention in den Vordergrund? Während gleichzeitig laut Flandins Rundfunkrede die Frage der Effektivbestände — er vermied hier den eigentlich von ihm gemeinten Ausdruck „Kontrolle" — so wichtig wie schwierig ist? Will man Deutschland nur deshalb in das Luftabkommen hineinhaben, um an Hand einer „internationalen" Kontrolle seine angebliche Luftaufrüstung zahlenmäßig und in Einzelheiten genau zu erfassen?

Man hat in der Pariser Presse durchaus das richtige Gefühl, wenn man dort schreibt, Deutschland werde sicher noch manche peinliche Frage zu stellen haben, bevor die Londoner Abmachungen einen greifbaren Inhalt bekommen können. Es wird von Frankreich abhängen, ob es die deutschen Fragen zufriedenstellend beantworten kann und — will.

P. A. R.

Erklärung Flandins zum Luftpaktplan.

Die englisch-französischen Besprechungen vor der Pariser Kammer.

In der Pariser Kammer gab der französische Ministerpräsident Flandin auf eine Anfrage des marxistischen Führers Léon Blum zu dem Londoner Verhandlungsergebnis eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

Die Abrüstungsverhandlungen dürften nicht unterbrochen werden, und es müsse alles ins Werk gesetzt werden, um zu einem allgemeinen Abkommen zu gelangen. In der traditionellen Politik Frankreichs sei keine Änderung eingetreten, und es könne nicht die Rede davon sein, daß der Völkerbund bei einer Frage so allgemeinen Interesses übergangen werde. In den Abmachungen von London sei das klar umschrieben.

Jede Nation habe das Recht, ihre Sicherheit zu wahren,

und die französische Regierung werde sie um so weniger in Gefahr bringen, als die Erfahrungen der Geschichte sie zur Vorsicht mahnt.

Eine der wichtigsten Ziele werde es sein, so fuhr Flandin fort, die Sicherheitsgarantien festzulegen. Die französische Regierung werde die Sicherheit nicht gefährden lassen. Diese Politik sei in der Vergangenheit in einer Reihe von Pakten des gegenseitigen Beistandes im Rahmen des Völkerbundspaktes zum Ausdruck gekommen. Um allen denen, die diese Pakte abgeschlossen haben, vollkommene Sicherheit zu gewährleisten, habe man noch vor der Verwirklichung dieses großen Werkes den Abschluß eines Luftabkommens in Aussicht genommen.

In diesem Zusammenhang ging der Ministerpräsident auf die Vorteile dieses Luftabkommens ein und fuhr dann fort:

Wir haben eine Solidarität und umfassende Gegenseitigkeit der Aktion zwischen der englischen und der französischen Regierung geschaffen. Das heißt nicht, daß die Regierungen sich an diesen engen Rahmen halten wollen. Sie sind vielmehr der Auffassung, daß ganz Westeuropa, daß alle am Frieden hängenden Völker angeschlossen werden müssen, um die Gefahr eines Luftangriffes zu verhindern. Das ist der Grund, aus dem heraus sich die beiden Regierungen entschlossen haben, Deutschland, Belgien und Italien zu Verhandlungen über diese Frage aufzufordern.

Flandin betonte, daß das Luftabkommen in keiner Weise den Locarno-Vertrag, der unverändert in Kraft bleibe, ersetzen solle,

sondern nur ein schnelleres, entscheidenderes Vorgehen in einem bestimmten Rahmen darstelle. Dieses Vorgehen sei nach Auffassung der beteiligten Regierungen nicht als Sanktion, sondern als vorbeugende Maßnahme anzusehen, da man der Ansicht sei, daß alle Maßnahmen getroffen werden müßten, um den Krieg zu verhindern.

*

Wenn der Besuch fort ist . . .

Ernüchterung und Kritik nach London.

In England und Frankreich ist der erste Jubel über das in London bei dem Besuch der französischen Minister erzielte Übereinkommen verrauscht, und Stimmen der Kritik, des Zweifels, ja sogar der Ablehnung werden laut. Besonders in England, wo die Unzufriedenheit der französischen Presse über das Ergebnis von London etwas stutzig gemacht hat. Das Luftabkommen vor allem wird als eine zweischneidige Waffe erkannt, deren Vorteile für England durch den Nachteil eines neuerlichen Eintritts in die Verwicklungen des Kontinents als aufgehoben bezeichnet werden. Ja, man geht so weit, in einigen Zeitungen Karikaturen zu bringen über Einseifung Englands durch Frankreich. Diese Besorgnis vor den neuen französischen Freundschaftsbezeigungen läßt sogar die Hoffnung zum Ausdruck kommen, daß Deutschland England nicht mit Frankreich allein sitzenlassen werde. So schreibt Lord Price in der „Daily Mail": „Das Luftabkommen kann nur dann eine volle Garantie für den Frieden Europas werden, wenn Deutschland ihm beitritt. Unser Schicksal liegt in den Händen eines Mannes — Adolf Hitlers!"

Aus all diesem geht hervor, daß England doch nicht so recht den Friedensbeteuerungen Frankreichs glaubt und wohl immer dahinter das unter der Maske der „Sicherheit" versteckte französische Machtstreben sieht. Aus französischen Pressestimmen geht auch hervor, daß Frankreich in dem Plan des Luftabkommens schon das Abkommen einer Militärkonvention mit England erblicken möchte, wobei der Wunsch allzu deutlich der Vater des Gedankens sein dürfte. Aber auch in Frankreich werden Stimmen der Skepsis laut, die mit dem Abkommen nicht zufrieden sind und auf die Schwierigkeiten seiner praktischen Durchführung hinweisen. Man dürfe, so heißt es dort, nicht vergessen, daß die in diesem Plan vorgesehene Garantie eines Beistandes gegen einen nicht herausgeforderten Angriff eine gewisse Rolle spielen werde. Damit tauche aber die Frage der Feststellung des Angreifers wieder auf, und alle Welt weiß, welche Schwierigkeiten damit verbunden seien.

Die „Organisierung des Friedens", die angeblich angestrebt wird, ist gewiß ein Ziel, „aufs innigste zu wünschen", nur darf man nicht, wie es Frankreich tut, in Europa den Frieden organisieren wollen und im eigenen Lande den Krieg organisieren.

Entfesselte Naturgewalten.

Hochwasser- und Schneekatastrophen in Europa.

Der Rhein und seine Nebenflüsse steigen.

Infolge der starken Niederschläge und der Schneeschmelze sind der Rhein und seine Nebenflüsse und mehrere süddeutsche Flüsse ständig im Steigen begriffen, so daß die Hochwassergefahr ständig näherrückt.

Das Unwetter, das am Sonnabend und Sonntag über ganz Deutschland herniederging, hat sich besonders stark auf den Wasserstand des Oberrheins ausgewirkt. Während der Koblenzer Pegel am Montagmorgen noch 2,48 Meter betrug, zeigte er am Abend schon 3,12 Meter an. Dienstagmorgen stand das Wasser 3,45 Meter hoch und stieg in jeder Stunde um weitere 7 Zentimeter, so daß mittags bereits ein Pegelstand von 4 Meter erreicht war. Aus Württemberg und Baden werden bereits größere Überschwemmungen gemeldet.

Mosel, Saar und Sauer haben ebenfalls bereits ungewöhnlich hohe Wasserstände erreicht. Die Saar hatte schon am Montagabend einen Pegelstand von 4,60 Meter und Dienstag von fast 5 Meter. Der Wasserstand der Mosel ist seit Montagabend um weitere 50 Zentimeter angestiegen. Infolge der starken Strömung des Flusses mußten die meisten Fähren ihren Betrieb einstellen und die Fahrgäste in Booten übersetzen.

*

Neue Lawinenschäden in den österreichischen Alpen.

Noch immer treffen aus den österreichischen Bundesländern Meldungen über Lawinen ein, die an Größe und Ausmaß alle Lawinengänge der letzten Jahre übertreffen. So brauste eine mächtige Grundlawine, die Bäume und gewaltige Felsblöcke mit sich führte, von der Nordkette

gegen den Innsbrucker Vorort Mühlau nieder.

Ein Haus wurde völlig von den Schneemassen zugedeckt, ein anderes zum Teil blockiert. Da neue Lawinen drohen,

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF